

BILANZ: DIE WICHTIGSTEN INITIATIVEN DER KPÖ IM STEIRISCHEN LAN

Eine wichtige Stimme im

2005 hat die KPÖ den Einzug in den Landtag geschafft. Sie hält vier von 56 Mandaten und ist drittstärkste Kraft im Landesparlament. Nach jahrzehntelanger Abwesenheit ist damit eine konsequente Interessenvertreterin der Arbeitenden Angestellten, Pensionistinnen und Pensionisten, all jener Menschen, die keine Geldlobby hinter sich haben, im Landesparlament vertreten!

Abgabe für billigeren öffentlichen Verkehr

Die KPÖ fordert die Einführung einer Nahverkehrsabgabe von den Unternehmern wie in es sie Wien gibt. Damit könnte der öffentliche Verkehr ausgebaut und billiger angeboten werden. Obwohl der Landtag die Abgabe auf Antrag der KPÖ beschlossen hat, wurde sie von der Landesregierung bisher nicht umgesetzt.



Pflege: Schluss mit der Geschäftemacherei

Während die Beschäftigten der Pflegeheime über schlechte Bezahlung klagen und die Zuschüsse der öffentlichen Hand für die Pflege immer größer werden, verdienen sich die privaten Pflegeheimbetreiber eine goldene Nase. Die KPÖ hat deshalb eine Gesetzesänderung beantragt: Um die Geschäftemacherei im Pflegesektor zu verhindern, sollen in Zukunft nur mehr öffentliche und gemeinnützige Träger von der öffentlichen Hand subventionierte Heime betreiben dürfen. Diese Gesetzesänderung scheiterte an SPÖ und ÖVP. Um die Qualität der Pflege anzuheben und das Personal zu entlasten trat im Oktober 2009 eine neue Personalausstattungsverordnung in Kraft. Die Initiative dazu ging von der KPÖ aus.

Für die Arbeitenden

Verschlechterungen der Ar-

beitsbedingungen und Lohnkürzungen sind mit der KPÖ nicht zu machen! Deshalb hat die KPÖ im Landtag gegen eine Änderung des Dienstrechtes und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Kindergärtnerinnen gestimmt. Der KPÖ-Antrag, Betrieben, die Betriebsräten Schwierigkeiten machen, keine Wirtschaftsförderung zu



gewähren, wurde vom Landtag angenommen. Die Forderung nach einem Mindestlohn wurde mit der SPÖ beschlossen, ÖVP und Grüne lehnten ab.

Gratiskindergarten

Für viele Eltern waren die Kindergartengebühren eine schwere finanzielle Belastung. Abgesehen davon, dass es immer noch zu wenig Kindergartenplätze gibt. Die KPÖ war der Vorreiter bei der Abschaffung der Kindergartengebühren. Sie tritt dafür ein, dass Großbetriebe verpflichtend einen kostenlosen Betriebskindergarten einrichten müssen. Diese Anträge sind an der Mehrheit von SPÖ und ÖVP gescheitert.

Keine Privilegien für Politiker

Die KPÖ-Abgeordneten haben sich selbst eine Gehaltsobergrenze von 2.000 Euro im Monat auferlegt. Nur so ist gewährleistet, dass man sich nicht von den Lebensumstän-

den der Durchschnittsverdiener entfernt. Mehrere KPÖ-Anträge, die eine Kürzung der Gehälter der Landespolitiker fordern, wurden von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Regress abgeschafft

Lange Jahre mussten die Angehörigen von Pflegeheimbewohnern an die Sozialhilfeverbände den „Regress“ bezahlen. Der belief sich oft auf mehrere hundert Euro im Monat und brachte viele Familien in finanzielle Schwierigkeiten. Auch Sozialhilfeempfänger mussten die Sozialhilfe zurückzahlen. Auf Druck der KPÖ wurden diese Rückforderungen abgeschafft.



Wohnbeihilfe anpassen

Seit Jahren wurde die Wohnbeihilfe nicht mehr angepasst. Das führt dazu, dass selbst Bezieher von kleinen Einkommen und Pensionen bei einer geringfügigen Pensions- oder Lohnerhöhung die Beihilfe gekürzt wird. Anträge der KPÖ, die Wohnbeihilfe endlich zu valorisieren, wurden von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Krankenhäuser: Missstände

Seit Jahren klagen die KAGES-Bediensteten über unzumutbare Belastungen. Die KPÖ fordert, dass der Spitalbereich wieder dem Landtag unterstellt wird. Schließlich gehören die Spitäler allen Steire-

Die KPÖ-Abgeordneten Ernest Kaltenecker, Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher haben sich im Landtag für soziale Verbesserungen eingesetzt:

Runter mit dem Strompreis

Seit Beginn der Amtsperiode von SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves hat die Energie Steiermark AG (ESTAG) den Strompreis fünfmal erhöht. Diesen Missstand hat die KPÖ mit dringlichen Anfragen und eigenen Anträgen im Landtag aufgezeigt. Auf Antrag der KPÖ beschloss der Landtag den Rückkauf des privaten Minderheitsanteils an der ESTAG und mehrere Strompreissenkungen. Landeshauptmann Voves weigert sich allerdings, die Beschlüsse umzusetzen.

